

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo: allg. 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften

Vor etwa einem Vierteljahr erschien eine Schrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie, worin die Meinung des organisierten Unternehmertums über „Die deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik“ niedergelegt ist. Daß die darin gepriesene wirtschaftspolitische Auffassung viel Zustimmung gefunden hätte, läßt sich nicht gerade behaupten. Abgesehen von den Unternehmerblättern, die dienstmäßig alles loben, was von der hohen Sonnenscheit kommt, verleiht sich die große Presse auf fallend zurückhaltend oder scharf ablehnend. Dies ist so unverkennbar nicht. Denn was da über die Ursache der deutschen Wirtschaftskrise gesagt und was zu ihrer Behebung vorgeschlagen wird, entfernt sich in sehr wesentlichen Punkten zu weit von dem, was wirtschaftlicher Erfahrung und Vernunft offensichtlich ist. So wird, um nur ein Beispiel zu nennen, die gegenwärtige Krise fast ausschließlich als Folge des Versailler Vertrages und der überspannten Belastung der Wirtschaft hingestellt; und um aus der Not herauszukommen, müsse die Wirtschaft steuerlich entlastet, die sozialpolitischen Einrichtungen abgebaut und, besonders, die Arbeitszeit- und Lohnpolitik gründlich geändert werden. Anders ausgedrückt, um die Krise zu mildern, muß die Unternehmerschaft noch milder besteuert, müssen die Unterhaltungen für Invaliden, Kranke und Erwerbslose noch mehr verringert, wenn nicht ganz beseitigt werden und in Sachen der Arbeitszeit und der Lohnbestimmung müsse der Unternehmer noch freiere Hand haben.

Daß sich für Verbesserungsmittel solchen Kalibers keiner, der über den Pöbel des blinden Eigenmutes hinauszuschauen vermag, erwidern kann, kann nicht wundernehmen. Damit ist auch gleich gesagt, daß die Regierung, die nach dem Reichstagswahltag Luther benannt ist, sich für die wirtschaftspolitische Auflassung des Reichsverbandes der Industrie auffällig geneigt zeigt. Das Programm des neuen Finanzministers Dr. Heineke bringt gewichtige Steuerermäßigungen für den Besitz, die Milde der Lohnsteuer aber wurde vergessen. Während die Regierung die Pläne der Gesetzgebung für die Herren der Wirtschaft bewegt, arbeitet das Unternehmertum mit feinen Symplicien in den Werkstätten und Schlichtungsstellen im gleichen Sinne. Die Angriffe gegen die Lohnhöhe, gegen Tariftreue, Urlaub, Mitbestimmungsrecht usw. werden fleißig geübt. Die beispiellos starke Arbeitslosigkeit kommt den Herren gut zufluten. Und sie sind, wie zahlreiche Äußerungen bezeugen, tatsächlich der Meinung, durch Lohnbrud, Freizeitverlängerung, Verschärfung der Mißstimmung bei denjenigen, die mehr erzeugen, fleißiger schaffen sollen, sei die Wirtschaft zu retten.

Just jetzt, wo die wirtschaftspolitischen Quasialber und Eisenbärte beim Hochsprung sind, kommen die drei Bundesleitungen der freien Gewerkschaftsbewegung mit einer Schrift über die „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“. Zwar ist manche Einzelheit der Schrift den Gewerkschaftsgelehrten nicht gerade neu, weil die freigewerkschaftliche Wirtschaftspolitik ja ständig Gegenstand der Arbeiterpresse ist. Was der Schrift ihren hohen Wert verleiht, ist, daß sie die freigewerkschaftlichen Forderungen für eine Wirtschaftspolitik in programmatischer Form bringt und dieses Programm der „Deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik“ des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegenüberstellt.

Diese Gegenüberstellung macht eigentlich erst die ganze Größe des Gegenstandes klar, der zwischen den beiden Seiten besteht. Wenn doch die gutmeinenden und sonstigen Deutschen, die noch immer von einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmertum und Gewerkschaft träumen, nur den Inhalt der beiden Schriften näher ansehen wollten, sie würden, das sind wir gewiß, bald von ihrem Wahne geheilt sein. Es stehen sich da Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft, zwei Welten gegenüber, zwischen denen man sich nur scharfe Auseinandersetzungen, aber keine Verständigung denken kann. Wie wahr das ist, macht die Gegenüberstellung von ein paar Punkten schon offensichtlich:

Das Unternehmertum will die Krise durch Verminderung der Produktionskosten überwinden, und diese Verminderung soll verwirklicht werden durch Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung, Abbau der Sozialversicherung und dergleichen. Die Gewerkschaften wollen laut ihrem Programm das gleiche Ziel durch die entgegengesetzten Mittel erreichen, nämlich durch „Erhöhung des Lohnniveaus, Ausgestaltung des Tarifwesens, des Tarifrechts und des Schlichtungswezens, gezielte Durchführung des Achtstundentages und Rationalisierung des Wirtschaftsgüter Abkommens“. Das Unternehmertum fordert Abbau der Sozialversicherung, die Gewerkschaften dagegen verlangen „Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherungen und vor allen Dingen schnellste Durchführung einer ausbreitenden Arbeitslosenversicherung“. Die Unternehmer heißen die größtmögliche Verschönerung von Steuern und Abgaben, die Gewerkschaften dagegen rufen nach „Offenlegung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der untersten Stufen und scharfere Erfassung der höheren Einkommen...“

Gegenläufige, wie die hier herabgehobenen, durchziehen die ganze Länge der beiden Wirtschaftsprogramme. Fast überall die allergrößten Meinungsgegenläufige, für die es keine Ausgleiche gibt. So werden sie durch Kampf auf politischem wie auf wirtschaftlichem Boden ausgetragen werden müssen. Kein anderer Weg führt zum Ziel. Auf welcher Seite schließlich die Schere des Sieges fällt, ist nicht schwer vorauszufragen. Was

das Unternehmertum als Wirtschaftspolitik vertritt, ist schon lange geprüft und als zu leicht befunden worden. Ist ja in sehr hohem Maße die Ursache des Tiefstandes des deutschen Wirtschaftslebens. Das sind einfache, handgreifliche Wahrheiten, weswegen sie ja von unseren Wirtschaftsführern nicht erkannt werden. Die Wahrheit wird ihnen dennoch gelehrt werden. Vielleicht eher, als sie glauben mögen.



Frühlingsstürme

Frühlingsstürme durchbrausen das Land,
In den Wipfeln der alten Eichen
Zerrt und zault es mit rauher Hand,
Denn der Winter will nicht weichen.
Weil das Abschiednehmen verdriest
Dielen mürrischen, alten Gesellen,
Grimmig er Hagelpeile schielst
Auf den Frühling, den jungen Rebellen.

Welch' ein grimmer, erbitterter Kampf
Cobet allnächtlich hoch in den Lüften,
Ueber die Felder mit lautem Getöse
In den Schlüften und in den Klüften!
Allüberall, in Tälern, auf Hüh'n
Hört man des Winters Seufzen und Jammern,
Hört man sein Heulen, sein Klagegeschöhn,
Sieht man sein ängstlich Am-Alten klammern.

Doch der Frühling, der Neuzeit Sohn,
Mutvoll, unverdrossen und sieghaft
Kämpft er gegen des Winters Fron,
Bis er sich endlich selbst den Sieg schafft,
Bis den Winter zur Flucht er zwingt,
Nach unfähigen, harten Mühen,
Bis im Laubdach der Vogel singt,
Und im Tale die Blumen blühen.

Swiger Kampf! Ein uralter Streit
Zwischen dem Alten und dem Neuen,
Zwischen der Alten, vergessenen Zeit
Und der Neuzeit jungfräulichen Mienen!
Wer wird siegen? — Ihr werdet es sehn!
Ob auch der Winter noch schalte und walle,
Bald ist es um seine Herrschaft geschehn,
Denn das Neue besiegt das Alte.

Franz Gaußhütter



Proletarisierung und proletarische Organisation

Das Proletariat bildet nicht die Mehrheit der europäischen Bevölkerung. Die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung Europas beträgt 209,9 Millionen, von denen nur 91,8 Millionen auf das Proletariat entfallen. Es gibt in Europa Großmächte, wie Frankreich und Italien, wo das Proletariat weniger als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung ausmacht. Mit der Industrialisierung Europas ging auch die Proletarisierung der Bevölkerung Hand in Hand. Aber das Aufkommen der kleineren und mittleren Betriebe durch die großen wurde durch den Krieg verlangsamt. Im Jahre 1917 betrug die Zahl der durchschnittlich in einem Betriebe beschäftigten Personen in Deutschland 24,4, im Jahre 1919 nur 22, im Jahre 1922 schon 24,2. Ein verhältnismäßig geringer Grad der europäischen Proletarisierung und ein verlangsamtes Tempo derselben in der Kriegs- und Nachkriegszeit, dies sind die wichtigsten Grundzüge des interessanten statistischen Bildes, das Wladimir Woytinsky in arbeitsstatistischen Teile seines geistreichen Werkes „Die Welt in Zahlen“ entworfen hat.

Auf Woytinsky's Ergebnisse — die Zahlen, die er angibt, beruhen teilweise auf Schätzungen — könnte man erwidern, daß in den wichtigsten Industrieländern Europas die Mehrheit der Bevölkerung eine proletarische ist. Von Großbritanniens erwerbstätiger Bevölkerung macht das proletarische Element nach Woytinsky 78 vH, in Belgien 72 vH, in Deutschland 68 vH, in der Tschechoslowakei 67 vH usw. In dieser Richtung entwickeln sich auch die Länder, die sich heute noch auf einer niedrigeren Stufe der Industrialisierung befinden. Denn obwohl in der Industrialisierung Englands, Deutschlands und mancher anderen Länder West- und Mitteleuropas ein Stillstand wahrzunehmen ist, greift die Industrialisierung in den agrarischen Ländern Europas in immer stärkerer Maße um sich. Sowohl in Südosteuropa, auf der Balkanhalbinsel, wie auch in Frankreich und Italien können wir einen Fortschritt in der Industrialisierung feststellen. England und Deutschland befinden sich in einer Zeit des industriellen Stillstandes, viele überseeische Länder dagegen im Zeitalter der industriellen Umwälzung.

Diese Tatsachen brauchen aber diejenigen, die sich die Größe und die Schnelligkeit der Proletarisierung anders vorgestellt hatten, nicht zu entmutigen. Man kann die Wichtigkeit der zahlenmäßigen Stärke des Proletariats keineswegs leugnen. Aber der Sozialismus ist doch kein statistisches Problem. Die Größe des Proletariats hat in verschiedenen Ländern eine verschiedene Bedeutung. In der Tschechoslowakei ist zum Beispiel nach Woytinsky der Proletarisierungsgrad der Erwerbstätigen 66, in Ungarn 55 vH. Trotzdem besteht ein sehr großer Unterschied zwischen dem sozialen Entwicklungsgrad der Tschechoslowakei und Ungarns. Viele Verschiedenheit wird in erster Reihe durch die verschiedene Zusammensetzung des ungarischen und des tschechoslowakischen Proletariats verursacht. Während

in Ungarn nur 28,7 vH des Proletariats zur Industriearbeiterschaft gehören, umfaßt sie 49,2 vH des tschechoslowakischen Proletariats. Das industrielle Proletariat besitzt meistens mehr soziale und politische Kraft als das landwirtschaftliche. Nach einer äußerlichen statistischen Parallele wäre zwischen dem sozialen Entwicklungsgrade Frankreichs und Rumaniens kein besonders großer Unterschied, da Frankreichs Proletarisierungsgrad 48, Rumaniens 40 bis 47 vH beträgt. Die Zusammensetzung des rumänischen Proletariats ist aber eine wesentlich andere, als die des französischen. Selbst in solchen Ländern, wo das industrielle Element innerhalb des Proletariats eine ähnliche Größe aufweist, kann das Bild des sozialen Reifegrades ein grundverschiedenes sein. In Dänemark zum Beispiel bestehen nur 29,3 vH des Proletariats aus industriellen Arbeitern, in Griechenland 30 vH, in Finnland nur 18,7 vH, in Ungarn 28,7 vH. Es besteht aber kein Zweifel, daß die Schlagkraft des Proletariats Dänemarks und Finnlands höher bewertet werden muß, als die Griechenlands und Ungarns, da die Kultur des dänischen und finnischen Arbeiters eine andere Stufe erreicht hat als die des griechischen und des ungarischen Proletariats.

Aber selbst in kulturell ziemlich verwandten Staaten kann der Grad der Proletarisierung ein ähnlicher sein und trotzdem eine ganz andere Bedeutung haben. Den Proletarisierungsgrad Englands schätzt Woytinsky auf 78 vH, den der Vereinigten Staaten auf 70, den Australiens auf 71 vH. Wie verschiedenartig wirkt sich aber auf politischem und sozialem Gebiete das englische, das amerikanische und das australische Proletariat aus! Die sozialpsychologische Struktur des Proletariats ist das Ergebnis mannigfaltiger wirtschaftlicher und ideologischer Wirkungen. Und von der sozialpsychologischen Struktur hängt in erster Linie die Richtung und der Grad des proletarischen Kampfes ab. Von dem Grad und der Richtung der Organisation hängt wiederum die politische und die soziale Kraft- und Machtentfaltung der Klasse ab. Vor dem Kriege befand sich die westeuropäische Bevölkerung in einem viel stärkeren Proletarisierungsprozesse als nach dem Kriege. Europas industrielle Vorkriegszeit stand damals noch auf festen Füßen. Trotzdem war die Wachstumsgeschwindigkeit der proletarischen Organisationen eine viel geringere als nach dem Kriege. Die Mitgliederzahl der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erhöhte sich in den Jahren 1918 bis 1920 mehr als doppelt so rasch als in den Jahren 1906 bis 1913, obwohl das Wachstum in den sieben letzten Vorkriegsjahren schon ein sehr sprunghaftes war. Die soziale Aufrüttelung aber, die durch den Krieg und die Revolution bedingt war, schrieb der Organisation ein noch rascheres Tempo vor als der politische Stillstand der Vorkriegszeit.

Wenn die Weltwirtschaftskrise in genügendem Maße zur Aufrüttelung des Proletariats führen wird, dann kann das in den letzten Jahren verlangsamte Tempo des europäischen Proletarisierungsprozesses durch ein beschleunigtes Tempo der Organisierung weitgemacht werden. Denn auf dem Gebiete der Organisierung des europäischen Proletariats ist noch sehr viel zu tun. Wenn wir die ziemlich reichhaltige proletarische Bewegung Osteuropas gänzlich außer acht lassen, dann kommen wir zu dem traurigen Ergebnis, daß von 100 Proletariern Welt- und Mitteleuropas in der Landwirtschaft nur 1,7, im Handel und Verkehr 29,6, in der Industrie 30 innerhalb der Amsterdamer Internationale organisiert sind. Und dabei ist die Amsterdamer Internationale die weitaus größte Organisation des west- und mitteleuropäischen Proletariats. Ein sehr beträchtlicher Teil des Proletariats, der außerhalb der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale steht, ist unorganisiert. Es gibt aber auch in stark industrialisierten Ländern große proletarische Gruppen, die in Verbänden organisiert sind, die die Harmoniepflege pflegen. Auch innerhalb der Arbeiterbewegung hatten noch gewaltige Aufgaben derer, die den Körper des Proletariats mit sozialistischem Geiste erfüllen wollen.

Der Fortschritt und der Sieg des Sozialismus hängt aber nicht nur von der zahlenmäßigen Stärke und von dem Geist der proletarischen Organisationen ab, sondern auch von dem Schwung, mit dem sie andere, mit dem Proletariat verwandte Volksklassen mit sich zu reißen vermögen. Von der führenden Rolle des Proletariats wird seine politische Zukunft bestimmt. Die Proletarisierung des Mittelstandes bedeutet in erster Reihe nicht, daß gewisse Schichten des Mittelstandes in das Proletariat gesunken sind, sondern daß ihre Lebenshaltung eine proletarische wurde. Aus der sogenannten Proletarisierung des Mittelstandes kann die Reaktion ebenso Kräfte schöpfen wie das Proletariat. Ebenso kann die politische so wichtige Klasse der Kleinbauern eine Quelle der sozialen Reaktion wie des proletarischen Sozialismus sein. Die Wichtigkeit der Gewinnung der angrenzenden Schichten des proletarisierten Mittelstandes und der Kleinbauernlichen Elemente ist ganz gewiß eine logische Folge der Woytinsky'schen Untersuchungen, welche die zahlenmäßige Begrenztheit des Proletariats aufzeigen.

Zweiterlei Art von Arbeiterbehandlung

Geist der Gleichberechtigung — elektrische Lohnkontrolle
Das Unternehmertum sinn angeblich Tag und Nacht darüber nach, wie die Betriebe wirtschaftlicher gestaltet werden können. Das ganze Sinnen und Trachten ergibt indessen nicht viel mehr als die alte Weisheit, daß an der derzeitigen Geschäftslage in erster Linie die hohen Löhne und die kurze Arbeitszeit hauptsächlich schuld seien. Wenn man nur die Reize von Arbeitern nicht braucht! Denn der Lohn, den man ihnen zahlen muß, ist ja doch nichts „als vorübergehender Unternehmerrisiko“, und es ist doch eigentlich eine tolle Unvernünftigkeit von den Arbeitern, daß sie nicht umsonst arbeiten oder gar noch Geld dafür zahlen, daß sie arbeiten dürfen.

Dass die Dinge geradezu umgekehrt liegen, dass eine durch gute Bezahlung kauftüchtiger gemachte Arbeiterschaft die nicht unterbringenden Waren mit Freuden kaufen würde, wenn sie nur dazu in der Lage wäre, und dass dadurch die Wirtschaft gang von selbst in Ordnung käme, das wollen unsere Industriellen eben nicht einsehen. Das ist nicht nur ein altes Sprichwort, sondern ein altes Sprichwort, das man nicht ändern darf, wenn man ein einzelner Unternehmer weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist nicht richtig, dass der einzelne Arbeiter an sich, das heißt aus seinem Innern heraus, mit seiner Leistung zurückhält. Im Gegenteil, der einzelne ist fleißig, er liebt es auch gut zu verdienen. Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist nicht richtig, dass der einzelne Arbeiter an sich, das heißt aus seinem Innern heraus, mit seiner Leistung zurückhält. Im Gegenteil, der einzelne ist fleißig, er liebt es auch gut zu verdienen. Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Es ist aber auch festzustellen, dass der Arbeiter aus Erfahrung weiß, dass er, z. B. in Stücklohn, gezwungen sein muss, man lege seinen Verdienst herunter, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. In den meisten Fällen sieht nämlich der Unternehmer leider auf dem Standpunkt, man dürfe den Arbeiter über ein Gewisses hinaus nicht verdienen lassen. Er (der Unternehmer) überlegt nicht, dass er erstens durch einen Arbeiter um so mehr verdient, je mehr ihm der Arbeiter erzeugt, und zweitens, dass der Arbeiter schließlich auch erziehen kann, wieviel er erzeugen darf, ohne dass ihm sein Stücklohn gekürzt wird. Die Folge einer drohenden Verkürzung des Stücklohns ist also ein Zurückhalten des Arbeiters und damit eine geringere Leistung des Werkes im Ganzen.

Welch ein Triumph der deutschen Wissenschaft! Ob die professorale Gründlichkeit der beiden Erfinder auch ein Kontrollier für Aktionäre und Direktoren vorsetzt? Mühten nicht diese eher als die armen Proleten auf den Metallinhalt ihrer Taschen untersucht werden? Es ist kaum gegen eins zu wettern, dass die Kontrolle nur für die Arbeiter gedacht ist. Weil dies der deutsche Geist der Gleichberechtigung und Kameradschaftlichkeit, von der Robert Bosch spricht, so will.

Die organisierte Arbeiterschaft hat noch leberzeit die Prüferzeit verurteilt und denen, die sich Werkstoff aneignen, das Handwerk zu legen versucht. Wenn sie darin nicht vollen Erfolg hatte, so kann das nicht als Vorwand genommen werden, sie insgesamt als Diebesgesindel anzusehen und zu behandeln. Wollen die deutschen Unternehmer, dass die Arbeiter mehr Teilnahme am Wohlergehen des Betriebes bekommen, dann ist es erstes Erfordernis, die Arbeiter in ihrer Gesamtheit als ehrliche Menschen und gleichberechtigte Mitarbeiter zu betrachten.

Die Metallindustrie Berlins

Vom Berliner Statistischen Amt wurden kürzlich beachtenswerte Zahlen über die Berliner Großbetriebe veröffentlicht. Die Zahlen stammen aus Untersuchungen der Berliner Gewerbeaufsichtämter vom Jahre 1922. Es lohnt sich, hierauf einzugehen. Insgesamt wurden 1922 im Wirtschaftsbereich der Stadt Berlin 1424 Großbetriebe mit je über 50 Arbeitern ermittelt. Diese Betriebe beschäftigten 376 165 Arbeiter. Von der Metallindustrie ergibt sich folgendes Bild:

Arbeitszweig	Anzahl	q. der Berliner Großbetriebe	Verhältnis zu den Betrieben der gleichen Gewerbeart	Arbeiter	Verhältnis zu den Arbeitern der gleichen Gewerbeart
Großbetriebe in Berlin insgesamt	1424	—	—	376 165	—
Davon:					
Eisen und Metalle	175	12,29	1:8,8	36 082	1:1,27
Maschinen, Apparate, Instrumente usw.	301	21,14	1:8,8	81 610	1:1,27
Elektrotechn. Industrie	135	9,48	1:8,8	117 945	1:1,27
Gesamt	611	49,91	1:8,8	255 637	1:1,27

Von den in Berliner Großbetrieben beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen gehörten 62,61 v. H. den oben näher bezeichneten Gruppen der Eisen- und Metallindustrie an. Die Metallindustrie ist also die führende Industrie Berlins, soweit die Zahl der Großbetriebe (49,91 v. H.) über und die Hälfte der gesamten Großbetriebe mit mehr als 50 Arbeitern) und die Zahl der in den Großbetrieben Beschäftigten (62,61 v. H.) in Frage kommt. Wie schon aus obiger Zusammenstellung hervorgeht, handelt es sich bei den Großbetrieben der Berliner Metallindustrie um solche von bemerkenswerter Größe. Es sei versucht, dies an einer Zusammenstellung darzumachen:

Arbeitszweig	q. der Berliner Betriebe der gleichen Gewerbeart	Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt	q. der Berliner Arbeiter der gleichen Gewerbeart
Eisen und Metalle	10	205	44
Maschinen, Apparate, Instrumente usw.	10	371	44
Elektrotechnische Industrie	10	918	44

Von der Gesamtzahl der Betriebe der gleichen Gewerbeart machen die Großbetriebe der Metallindustrie knapp 10 v. H. aus. Bei der Zahl der in den gesamten Betrieben der betreffenden Branche beschäftigten Arbeiter war das Verhältnis aber ein ganz anderes. Hier waren es 44 v. H. der Gesamtzahl der in den betreffenden Branchen. Die größten Betriebe sind in der elektrotechnischen Industrie vorhanden, wo die Kleinbetriebe der AEG und Siemens & Halske ins Gewicht fallen.

Von Bedeutung ist ferner das Verhältnis der Berliner Betriebe zu den des ganzen Reiches derselben Branche. Hier wird in den Veranschauligungen bei der Zahl der Betriebe ein Hundertsatz von 8 angegeben, während bei der Zahl der Arbeiterschaft der Hundertsatz 12,1 beträgt. Die Wichtigkeit dieser Berechnungen läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen, doch werden sie der Wichtigkeit sehr nahe kommen. Berlin nimmt also in der fertigenarbeitenden Industrie des Reiches eine führende Stellung ein. Bei Berücksichtigung der Verhältniszahlen der Berliner Betriebe zu der gleichen Gewerbeart des Reiches wird, soweit die Zahl der beschäftigten Arbeiter in Frage kommt, die Metall- und Maschinenindustrie nur noch vom Berufstätigenstande übertrifft. Die Reihenfolge der führenden Berliner Industrien ist: Berufstätigenstande, Elektrotechnik, Maschinenindustrie, Eisen und Metall, Bekleidungsindustrie usw.

Sobald die Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1925 vollständig vorliegt, wird man zu übersehen vermögen, inwiefern der oben beschriebene Entwicklungsgrad vom Jahre 1922 durch die nachfolgenden Jahre überholt wurde. Die Stabilität der Lage wird, wie man annehmen kann, nicht nur aus der Berliner Metall- und Maschinenindustrie vorübergegangen sein.

Die Innungen als Preisstreiber

Ja dem Kampf der Landespreisprüfungsstelle gegen die überhöhten Preise geht es bei den Innungen hart her. Sie entspringen sich immer mehr als Feinde des Preisabbaues. Hierfür einige Beispiele: Die Mitglieder des Provinzialverbandes der brandenburgischen Schmiedebinnungen sind durch die Innungen verpflichtet, nur noch den Tarif der Innung zu arbeiten. Dafür hat jedes Mitglied einen Stempel von 300 M anzuflehen, der bei Tarifunterbrechung konfiszieren wird. Ein Vertrag mit den Eisenhändlern zwingt diese, nur an Schmiedemeister zu verkaufen, die Mitglied der Innung

das Schmelzen von Metallen mittels Elektrizität erlangt haben. Nach dem neuesten Erfindungsstand der Elektroindustrie soll durch den elektrischen Schmelzprozess die Güte des Materials bedeutend verbessert werden. Dieses neue Schmelzverfahren sei besonders für das Umhüllen ganz unedler Metalle mit Edelmetallen. Nureiner Schritt wird in den Elektroöfen gemacht und verfährt als hochwertiges Material den Ofen. Dabei sollen die Betriebskosten sich verringern. Es wird viel gesprochen und man wird gut tun, ein Urteil der Praxis abzuwarten. Das Elektrosmeltverfahren ist doch keine neue Erfindung, gibt es doch sehr viele Schmelzeöfen, die in irgendeiner Weise einen Elektroöfen beinhalten lassen, da er den Metalllauf mit dem Kupfer nicht anstellt.

Der Kundendienst in den letzten Jahren keines Bestehens der Elektroindustrie ein großes Produktionsgebiet erschlossen. Die Verbesserungen und Erfindungen an Kundendienst zeigen den nie ruhenden Geist der Technik, der sich ständig weiter bewegt. Dieses Gebiet soll auch die Aufmerksamkeit der Elektrotechniker zuwenden. Ein Kundendienst für hundert Firmen. Das ist sehr wichtig für Kupfer, Eisen, Zinn, Zink, Nickel usw. Es gibt einen großen Kundendienst und durch den Kundendienst wird der Kundendienst in die Innungen geführt. Im Welt des Kundendienstes befindet sich dann nur die Elektroindustrie und jeder kann sich nach Belieben anschließen. Das ist eine sehr wichtige Entwicklung der Kundendienstes gerade für jene Innungen, in denen die Kundendiensthaltung eine Notwendigkeit ist.

Ein lebendige Erinnerung stellt auch die elektrische Hauszentrale der Siemens-Schuckowerke dar. Die Innungen der Elektroindustrie müssen unternommen mit jenen Innungen, die im Bereich einer Elektrozentrale liegen. Es sind noch lange nicht alle Innungen elektrifiziert. Dort soll die Hauszentrale helfen. Auch ist es sehr notwendig für wichtige Betriebe, dass die Stromerzeugungen sind eine unedlere Erfindung, die in bestimmten Fällen auch sehr gefährlich werden kann. Die Hauszentrale stellt den Strom für Licht und Kraft bereit. Sie besteht aus einem Dynamo, der mit Dampf, Benzin oder (Benzin-) Petroleum gespeist wird und einem Gleichstromgenerator. In den meisten Fällen kommt auch eine Umwandlungsstation hinzu, wenn nämlich im täglichen Gebrauch nur

einige Lampen angeschlossen sind. Aufstellung und Bedienung der Siemens-Hauszentrale sind äußerst einfach; der Brennstoffverbrauch ist sehr gering; Wasserführung ist nicht erforderlich.

Die Kurzschlussgefahren, die in der Landwirtschaft und auch im Haushalt eine gewisse Angst und Scheu vor der elektrischen Anlage wachhalten, verjagt die Elektrotechnik durch neue Installationsarten zu beseitigen. Für feuchte Räume, Viehställe, chemische Betriebe usw., die die Leitungen ganz besonders gefährden, bietet die neue Antihygienleitung höchsten Schutz.

Für Haus und Küche hat die Elektrotechnik viel Neues. Es gibt keine Haushaltmaschine mehr, für die nicht ein Elektroantrieb geschaffen ist. Selbst die alte, gute Kaffeemühle, die jahrhundertlang ihren Dienst zwischen Beine geklemmt und mit der Hand getrieben, nun magst, wird von der elektrischen Mühle verdrängt. Die Hausfrauen können heute große Erleichterungen im Haushalt haben, wenn nicht der unerschwingliche Preis die Anschaffung des elektrischen Kochers und Krafttrockners unmöglich machte. Unter solchen Umständen bleiben all die schönen Sachen der Elektrotechnik zurückgefallen, die nur dem bloßen Geldbeutel erreichbar sind, und der Kauf ist nicht, da für ihn die Strafe eines Dienstmädchens immer noch billiger ist.

Auch in den Dienst der Unfallverhütung wird die Elektrotechnik gestellt. Eine gefährliche Sache waren bisher die Explosionsherde Transformator, die nach Ansammlung von Gasen im Innern sehr häufig entzündeten. Ein kleiner Apparat der Siemenswerke jetzt bei der geringsten Gasbildung automatisch eine Alarmstrome in Gang, der Alarm läßt an bis der Schaden behoben ist. Hinter einer Glasfront wird dann durch Abschaltung die Art der Gasbildung und ihre Menge sichtbar. Der Wärter weiß sofort, wo der Fehler zu suchen ist und in wenigen Sekunden ist jede Gefahr beseitigt.

Auf dem Gebiet der Metallbearbeitung sind auch Neuerungen durch die Elektrotechnik zu verzeichnen. Das Elektrowerkzeug kommt immer mehr und mehr zur Anwendung. Eine Kreisäge zum Zerschneiden von Holz — alte Eschienen usw. — laßt durch den elektrischen Strom das zu bearbeitende Stück mit Strom. Der Gegenstrom laßt durch das Sägeblatt, das aus besonderem Stahl besteht und

find. Auch die Stellmacher sind laut Vertrag verpflichtet, mit Innungsmitgliedern zusammenzuarbeiten. Es kommt noch besser. Ein Kaufhaus Berlins unterhält ein photographisches Atelier. Die Mitgliedschaft bei der Photographeninnung ist die Folge. Die öffentliche Aushang der Preise wurde dem Kaufhaus verboten, weil sie niedriger waren. Das Kaufhaus wandte sich an den Magistrat. Dabei wurden von dem Kaufhaus Berechnungen vorgelegt, daß auf seine Beschäftigten bereits 180 bis 300 v. H. aufgeschlagen hat. Die Mitgliedschaft der Innung hätten einen Aufschlag von 700 v. H. auf die Beschäftigten notwendig gemacht. Der Bezirksausschuß gab der Beschwerde der Innung recht und verurteilte das Kaufhaus zu einer Konventionalstrafe an die Innung und zur Tragung der Rechtskosten.

Man sagt sich an den Kopf, daß so etwas im Zeitalter des Preisabbaues möglich ist. Buchtpreise, Innungsinnung und eine Beförderung der Bezirksausschuß, in einer Linie. Doch noch einen Fall: In Essen hatten zwei Schuhmacheremeister die Beisetzungspreise um 35 v. H. unterboten. Die Innung forderte die Beseitigung der Preisstapel im Schaufenster. Die beiden Schuhmacheremeister gingen statt der Preisstapel das Schreiben der Innung ins Fenster und blieben bei den Preisen. Das Landgericht Essen als Berufungsinanz gab den beiden Meistern recht und folgte nicht den Reklamen des brandenburgischen Bezirksausschusses. — Die Landwerke hatten auf ihrer Reichstagsung mit einer Art Revolution gedroht, wenn die Preisstreiberabordnung nicht zurückgezogen werde. Wie notwendig diese Verordnung ist, sieht man an obigen Beispielen.

Auswirkung der Rationalisierung

Es dürfte nachgerade kein Geheimnis mehr sein, daß die Rationalisierung der Produktion sich sehr ungünstig auf dem Arbeitsmarkt auswirken muß. Die Rationalisierung bedeutet Durchorganisierung des Produktionsprozesses und stärkere Indienststellung der Maschine. Bei beiden Methoden werden Arbeitskräfte gepart. Ist der deutsche Produktionsapparat vollständig auf der Höhe, dann werden wir für die erste mit einer laufenden Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Wie die Rationalisierung im Bergbau gemittelt hat, ist bekannt. Die Beschäftigung des Ruhrgebiets konnte im Vorjahre von 456 157 im Januar auf 389 812 im Dezember vermindert werden. Dabei blieb die Förderleistung fast dieselbe. Über die Wirkung der Rationalisierung in der Eisenindustrie lesen wir im Märzbericht der Distrikts-Gesellschaft folgendes:

Für den Kohlenbergbau läßt sich nachweisen, daß die Beschäftigten weit stärker zurückgegangen sind als die Fördermengen. Auch in der Eisenindustrie ist eine gewisse Besserung in der gleichen Richtung festzustellen. Nach den Berichten des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug in der Kohlenbergbau die durchschnittliche Tagesleistung je Arbeiter

im August 1925 1,230 Tonnen
im Dezember 1925 1,201 Tonnen
im Januar 1926 1,393 Tonnen

Für die Fertigungsindustrie ist das einschlägige Material nicht zur Verfügung. Gerade bei ihr hat aber die Entwicklung bereits zu dem Ergebnis geführt, daß der Arbeitsmarkt nicht nur unter dem Druck der relativen Überverorgung mit Arbeitskräften steht, sondern außerdem auch gegenwärtig stark unter den Folgen der technischen und organisatorischen Rationalisierung leidet.

Der Stillschrieb auf dem Weltmarkenmarkt. Die amerikanischen Eisenindustriellen verlangen Zölle gegen die deutsche Eisenindustrie, weil diese deutschen Stahl weit unter dem deutschen Inlandspreis dort in großen Mengen auf den Markt wirft. Die deutschen Eisenindustriellen begründen diese Maßnahmen damit, daß die französische Eisenindustrie durch ihren Salutarvorsprung in dieser Preisstellung in fremden Ländern zwingt. Zu gleicher Zeit wird aber bekannt, daß deutsches Stabeisen frei Antwerpen die Zölle mit 104 Schilling angeboten wird, während französisches Stabeisen frei Antwerpen mit 106 Schilling angeboten war. Wenn man sich auf der einen Seite über die französische Preisunterbietung beschwert, muß man dann selbst diese angebotenen niedrigen Preise noch um 2 Schilling unterbieten! Stabeisen kostet in Deutschland frei Ruhrgebiet, also ohne Händler- und Frachtaufschlag, 135 M, in Berlin wird es vom Händler bezogen nicht unter 160 M die Zölle zu haben sein. Der Weiterverarbeiter muß mithin Stabeisen mehr als 50 M teurer bezahlen als der Fabrikant in Antwerpen. Die straffe Kartellierung führt zu eigenständigen Gegenfragen: Schleuderpreise im Ausland — überhöhter Preis im Inland.

Was ein Unternehmer braucht. Im Schmeiner Landtag sprach der Abgeordnete Gennedes zum Etat und sagte hierbei: „Eine in Zahlungsschwierigkeiten geratene Firma erbot die Bürgschaft der Stadt Waren für ein Darlehen von 550 000 M. In dem vorbereiteten Vertrage waren für den Lebensunterhalt der Familien der zwei Inhaber, die insgesamt vier Köpfe umfassen, jährlich 40 000 M. vorgesehen. Also 40 000 M ist das Existenzminimum für vier Personen. Und da schreit man fortgesetzt nach Lohnabbau für die Arbeiter, weil die Wirtschaft die gegebenen Löhne nicht tragen könne. Und es soll sich hierbei um eine Mühlenfirma handeln.“

Arbeiter-Esperanto-Kongress. Während der Osterfeiertage findet in Stuttgart der 6. Bundestag des Arbeiter-Esperanto-Bundes für das deutsche Sprachgebiet statt. Der Bundestag wird besonders dazu Stellung zu nehmen haben, wie die proletarische Esperantobewegung in Zukunft dem proletarischen Klassenkampf mehr dienlich gemacht werden soll.

wenige Dampfen angeschlossen sind. Aufstellung und Bedienung der Siemens-Hauszentrale sind äußerst einfach; der Brennstoffverbrauch ist sehr gering; Wasserführung ist nicht erforderlich.

Die Kurzschlussgefahren, die in der Landwirtschaft und auch im Haushalt eine gewisse Angst und Scheu vor der elektrischen Anlage wachhalten, verjagt die Elektrotechnik durch neue Installationsarten zu beseitigen. Für feuchte Räume, Viehställe, chemische Betriebe usw., die die Leitungen ganz besonders gefährden, bietet die neue Antihygienleitung höchsten Schutz.

Für Haus und Küche hat die Elektrotechnik viel Neues. Es gibt keine Haushaltmaschine mehr, für die nicht ein Elektroantrieb geschaffen ist. Selbst die alte, gute Kaffeemühle, die jahrhundertlang ihren Dienst zwischen Beine geklemmt und mit der Hand getrieben, nun magst, wird von der elektrischen Mühle verdrängt. Die Hausfrauen können heute große Erleichterungen im Haushalt haben, wenn nicht der unerschwingliche Preis die Anschaffung des elektrischen Kochers und Krafttrockners unmöglich machte. Unter solchen Umständen bleiben all die schönen Sachen der Elektrotechnik zurückgefallen, die nur dem bloßen Geldbeutel erreichbar sind, und der Kauf ist nicht, da für ihn die Strafe eines Dienstmädchens immer noch billiger ist.

Auch in den Dienst der Unfallverhütung wird die Elektrotechnik gestellt. Eine gefährliche Sache waren bisher die Explosionsherde Transformator, die nach Ansammlung von Gasen im Innern sehr häufig entzündeten. Ein kleiner Apparat der Siemenswerke jetzt bei der geringsten Gasbildung automatisch eine Alarmstrome in Gang, der Alarm läßt an bis der Schaden behoben ist. Hinter einer Glasfront wird dann durch Abschaltung die Art der Gasbildung und ihre Menge sichtbar. Der Wärter weiß sofort, wo der Fehler zu suchen ist und in wenigen Sekunden ist jede Gefahr beseitigt.

Auf dem Gebiet der Metallbearbeitung sind auch Neuerungen durch die Elektrotechnik zu verzeichnen. Das Elektrowerkzeug kommt immer mehr und mehr zur Anwendung. Eine Kreisäge zum Zerschneiden von Holz — alte Eschienen usw. — laßt durch den elektrischen Strom das zu bearbeitende Stück mit Strom. Der Gegenstrom laßt durch das Sägeblatt, das aus besonderem Stahl besteht und

Leipziger Weltmesse

Elektrotechnik (Schluß)

Von allen Fachausstellungen der deutschen Industrie hat die Leipziger Weltmesse die beste Zeit. Ein großer Bedarf ist vorhanden und das zeigt sich auch, daß die Innungen der Elektroindustrie die Preise ganz ungewöhnlich hochhalten lassen. Die Elektroindustrie wird in diesem Punkt nur von der Baumaterialienindustrie übertroffen. Dadurch ist es möglich geworden, daß die Produkte der Elektroindustrie mehr als sonst geachtet werden, denn die große jährliche Nachfrage, die sich sehr gern die Fortschritte der Elektroindustrie zur Erleichterung der menschlichen Arbeiten annehmen möchte, muß von einer unerschöpflichen Abfüllung weichen. Sie wird durch den hohen Preis dazu gezwungen.

Für die Preispolitik der Elektroindustrie ein Beispiel. Ein für gewöhnlich billiger Apparat, der gewöhnlich einen sehr geringen Preis hat, ist durch den Bedarf und die Innungen sehr hoch. Die Elektroindustrie hat auf dieser Apparat Spezialpreise gelegt. Sie sind sehr hoch und darüber hinaus. Die Innungen haben die Preise um 150 M. angehoben. Die Preise der Innungen sind in der Höhe von 150 M. für Arbeiter und Angestellte ein Verbrechen. Eine Rationalisierung durch Erleichterung der Arbeit, die durch den Apparat herbeigeführt werden soll, wird durch den hohen Preis unmöglich gemacht. Die Innungen haben die Preise um 150 M. angehoben. Die Preise der Innungen sind in der Höhe von 150 M. für Arbeiter und Angestellte ein Verbrechen. Eine Rationalisierung durch Erleichterung der Arbeit, die durch den Apparat herbeigeführt werden soll, wird durch den hohen Preis unmöglich gemacht.

Die Innungen haben die Preise um 150 M. angehoben. Die Preise der Innungen sind in der Höhe von 150 M. für Arbeiter und Angestellte ein Verbrechen. Eine Rationalisierung durch Erleichterung der Arbeit, die durch den Apparat herbeigeführt werden soll, wird durch den hohen Preis unmöglich gemacht.

Die Innungen haben die Preise um 150 M. angehoben. Die Preise der Innungen sind in der Höhe von 150 M. für Arbeiter und Angestellte ein Verbrechen. Eine Rationalisierung durch Erleichterung der Arbeit, die durch den Apparat herbeigeführt werden soll, wird durch den hohen Preis unmöglich gemacht.

Lohn und Leistung in der Metallindustrie Rußlands

Auf dem 7. Verbandstag der russischen Metallarbeiter, der vom 18. bis 26. November 1925 in Moskau tagte, spielte die Frage des Lohnes und der Leistung eine höchst bedeutende Rolle. Die große Mehrheit der Vertreter war der Meinung, die Leistung des Arbeiters habe in einem solchen Verhältnis zugenommen, daß eine Erhöhung der Bezahlung nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten sei. Nach den Angaben des Statistischen Büros des Nationalen Wirtschaftsrates ist die durchschnittliche Tagesleistung eines Arbeiters seit dem dritten Vierteljahr 1924, also seit der Zeit der Einführung des unbeschränkten Stüchtlöhnes, folgendermaßen gestiegen:

Zeitraum	Zugleistung
3. Vierteljahr 1924	3,90
4. " 1924	4,49
1. " 1925	5,39
2. " 1925	5,72

In der gleichen Zeit haben sich die Löhne wie folgt geändert:

Zeitraum	Durchschnittlicher Tageslohn		Monatslohn		Realwert eines Warenerubels in Viertelstübel
	Warenerubel	Viertelstübel	Warenerubel	Viertelstübel	
Juli 1924	1,88	0,87	43,86	20,38	0,47
September 1924	1,90	0,99	45,65	23,73	0,52
November 1924	1,94	0,99	48,58	22,20	0,51
Januar 1925	1,97	0,99	45,21	22,74	0,50
März 1925	2,18	1,00	49,50	22,79	0,47
Mai 1925	2,22	1,04	50,16	23,57	0,47
Juni 1925	2,25	1,08	52,64	24,74	0,47

Der Durchschnittslohn der Metallarbeiter betrug im vierten Vierteljahr von 1924 64,5 vH, im ersten Vierteljahr von 1925 62 vH, im zweiten Vierteljahr 66,6 vH des Durchschnittslohnes von 1913. Die späteren Angaben (von Juli bis August) zeigen, daß sich der Nominallohn in Warenerubel seit dem Juni 1925 nicht geändert hat, aber durch eine Senkung der Kosten des Lebensunterhaltes, die sich in den Sommermonaten einstellte, verbesserte sich der reale Wert des Lohnes ein wenig. Im dritten Vierteljahr von 1925 pendelte der Realwert des Lohnes um 70 vH von dem des Jahres 1913. Seit dem Monat September steigt der Lebensmittelpreis von neuem. Er stieg — 1913 gleich 100 — am 1. September auf 187, am 1. Oktober auf 191, am 1. November auf 200.

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit bildet den Ausgangspunkt der Bewegung für die Steigerung der Produktion, als auch für die Einführung des unbeschränkten Stüchtlöhnes. Beide Maßnahmen sind am 19. August 1924 von der kommunistischen Partei und im November 1924 vom Gewerkschaftsverband angenommen worden. Die Maßnahmen haben hinsichtlich der Steigerung der Produktion ihr Ziel erreicht, wie die Angaben über die Tagesleistung je Arbeiter beweisen. Andererseits aber sind die Löhne, abgesehen von zeitweiligen Senkungen, während fast eines Jahres gleich geblieben, und nur in allerletzter Zeit zeigt sich eine leichte Steigerung, die in der Hauptsache einer vorübergehenden Senkung der Kosten des Lebensunterhaltes zuschreiben ist.

Das Produktionsprogramm für die Metallindustrie sieht eine Erhöhung der Leistung von 20 vH, nach der Berechnung der Gewerkschaft sogar um 25 vH vor, aber keine Erhöhung der Löhne ist in Aussicht genommen. Hierüber liegen es die Kongressvertreter nicht an Ausdrücken der Verwunderung. In der Aussprache wurde festgestellt, daß die immerwährenden Änderungen der Leistungsfähigkeit und der Arbeitsbedingungen auf die Arbeiter zurückzuführen sind. Ein Vertreter von Moskau erklärte: „Man setzt einen Mindestlohn für die Leistung fest, sobald der Arbeiter ihn erreicht hat, bestellt man sich, den Satz zu erhöhen, und das jeden Monat, wenn nicht alle acht Tage. Man sollte den Arbeiter nicht auf diese Weise beunruhigen.“ Nach einem andern Vertreter lebt der Arbeiter ständig in der Furcht, daß sein Lohn bei einer Änderung der Arbeitsbedingungen gekürzt wird. Die Intensität der Arbeit könne nicht regelmäßig werden, wenn die Löhne nicht für eine längere Zeit festgelegt werden. Ein Vertreter eines Werkes im Süden betonte, die Arbeiter hätten ihn bei der Abreise ausdrücklich beauftragt, eine Erhöhung der Löhne und eine größere Stabilität der Tarifstarife zu verlangen. Nach seiner Meinung sei zu befürchten, daß die Intensität der Arbeit von neuem nachlasse, wenn das von ihm ausgedrückte Verlangen nicht erfüllt werde. Der Kongress nahm eine Entschließung an, worin erklärt wird: „Die Intensität der Arbeit nähert sich der Grenze des Möglichen. Eine weitere Erhöhung der Leistung kann nur erreicht werden durch Entwicklung der Mechanik und Verbesserung der Produktionsweise. Hinsichtlich des Lohnes hält der Kongress dafür,

daß der Metallarbeiter-Verband die gleiche Politik weiter zu verfolgen hat, nämlich die Interessen der Metallarbeiter zu vertreten, indem er der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Metallindustrie und den allgemeinen Bedingungen der nationalen Wirtschaft Rechnung trägt. Vor allem ist es nötig, daß der Metallindustrie Betriebskapital beschafft und die Selbstkosten herabgesetzt werden. Nichtsdestoweniger ist es notwendig, die Löhne zu erhöhen, vor allem in den Unternehmen, wo die Bezahlung unter dem allgemeinen Durchschnitt steht, vor allen Dingen bei den Hilfsarbeitern und Tagelöhnern. Der Kongress hält dafür, daß die Löhne vor dem Krieg und vor der Revolution nicht als die äußerste Grenze der Lohnhöhe angesehen werden sollten angesichts der Tatsache, daß ihr Stand verhältnismäßig niedrig war. Immerhin wäre es schon ein beachtenswertes Resultat, wenn unter den gegenwärtigen Umständen dieser (Kriegs-)Stand erreicht werden könnte.“ (Aberseht aus Informations Sociales vom 15. Februar.)

Großkampf in England?

Die deutschen Scharfmacher machen Schule

Es sieht gerade so aus, als ob es in der englischen Maschinenindustrie zu einem allgemeinen Ausstand komme. Nach dem entscheidenden Beschluß der beteiligten Gewerkschaften, den wir der neuesten Ausgabe der Londoner Daily News (vom 8. März) entnehmen, sind die Arbeiter nicht im geringsten geneigt, dem Nachgebot der Industriellen zu folgen. Beide Seiten bringen ihre Kampfmittel unmissverständlich zum Ausdruck.

Zunächst sei die Ursache des Konflikts kurz geschildert. Vor einigen Wochen legten die 900 Leute der Fabrik für Motorenmaschinen von Hoe in London die Arbeit nieder, weil organisierte Leute wegen Mangel an Aufträgen entlassen worden waren, gleich darauf aber die Entlassenen durch Unorganisierte ersetzt wurden. Zu diesem Streitgegenstand kam dann noch eine Forderung auf Lohnhöhe. Die Firma erklärte, die Streikenden nicht mehr einzustellen. Die Vermittlung des Londoner Bezirksausschusses der Maschinenbauergewerkschaft wies die Firma zurück mit dem Hinweis, durch diese Arbeitsniederlegung seien die „Mittelstellen zur Verhütung von Streitigkeiten“ (Provisions for Avoiding Disputes) verletzt worden: erst müßten die Leute bedingungslos zurückkehren, ehe an eine Preisprechung des Falles zu denken sei. Die Ausständigen ihrerseits erklärten, daß sie gar nicht streikten, sondern ausgespart seien, nun aber einmal aus der Fabrik, wünschten sie erst ihre Beschwerden abgestellt, ehe sie wieder zurückkehrten. Da diese Arbeitsniederlegung ohne jedes Zutun des Vorstandes des Maschinenbauer-Verbandes geschehen ist, kann er dafür auch nicht gut verantwortlich gemacht werden. Der zuständige Londoner Bezirksausschuss lehnt es jedoch ausdrücklich ab, den Kollegen zu empfehlen, in die Werkstatt zurückzugehen.

Das sind, soweit die verschiedenen Angaben ein Urteil zulassen, etwa die Ursachen des Konflikts. Ganz gleich, ob man der einen oder der andern Seite mehr Recht zuerkennt, sicherlich ist es ein viel zu geringfügiger Streitfall, um deswegen die gewichtigste Industrie eines ganzen Landes stillzusetzen. Wäre der Fall in Deutschland, es würde niemandem wundernehmen, daß wegen eines solchen Unfalls streikenden oder wegen einem Pfennig Lohn oder einer halben Minute Arbeitszeitverkürzung gleich mit einem Ultimatum geantwortet, eine allgemeine Aussperrung angebrocht und schließlich Gehaltsaufende von Arbeitern auf die Straße geworfen würden. Denn die deutschen Wirtschaftsführer, genial wie sie bekanntlich sind, sind nun einmal darauf verfaßt, Deutschlands Wirtschaft auf eigene Art aufzubauen. Wirtschaftlichen Wahnwitz überlassen die englischen Metallindustriellen bisher neidlos ihren Standeskollegen des Landes, das nur durch Arbeit gerettet werden kann. Die Amokläufer der deutschen Scharfmacher war den englischen Unternehmern eine Sache des Spottes, aber nicht der Nachahmung. Doch jetzt scheint es, als ob sich darin eine gründliche Wandlung vollzogen habe; daß es den englischen Maschinenindustriellen nach dem Ruf oder Berruf des deutschen Scharfmachers gelüste.

Die englischen Maschinenfabrikanten sind in der Engineering Employers Federation vereinigt. Es ist dies die mächtigste Unternehmersonganisation Brianniens. Sie beschäftigt mehr Leute und stützt sich auf größeres Kapital als selbst die Organisation der Bergbauindustriellen. Die Federation der Maschinenindustriellen hat den Streit der Firma Hoe zu ihrem eigenen gemacht. Sie stellt das Ultimatum: Rückkehr der 900 Leute zur Arbeit oder Aussperrung sämtlicher Arbeiter der Maschinenindustrie. Weiter verkünden die Industriellen, daß jeder Versuch, in einem Bezirk, Ort oder Werkstatt eine Lohnhöhe durchzusetzen, mit der allgemeinen Aussperrung beantwortet werde.

Was die letztere Drohung bedeutet, wird erst ganz klar, wenn man weiß, daß der jetzige Lohn im Maschinengewerbe nach allgemeinem Urteil viel zu niedrig ist. Seit vielen Monaten schon fordern die Gewerkschaften eine Aufbesserung von 1 Pfund (20 Schilling) die Woche. Zur endgültigen Entscheidung der Forderung ist es besonders deswegen nicht gekommen, weil die Unternehmer es verstanden, mit allerhand Vorwänden die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Orlich oder betrieblich ist es nie und da allerdings geglückt, eine Aufbesserung zu erlangen. Aber auch damit soll es jetzt, wie das Ultimatum zeigt, Schluss sein.

Die Organisation der Industriellen verweigert also nicht nur eine Lohnaufbesserung im allgemeinen, sondern auch eine im Kleinen, und sie bedroht jeden Versuch der Arbeiter, eine Aufbesserung der Löhne zu geringen Bezahlung durchzusetzen, mit Stockschlägen auf den Rücken. Dummer machen es auch die deutschen Scharfmacher nicht. Die Herausforderung der Unternehmer hat auf der Arbeiterseite die Wirkung gezeitigt, die sie nur haben konnte. Am 7. März besaßte sich eine Konferenz der Geschäftsführer und Vertrauensleute

der zwölf Gewerkschaften der Maschinenindustrie mit dem Konflikt. Das Ergebnis der Verhandlung geht aus Folgendem hervor:

Die Konferenz macht den Beschluß des Londoner Bezirksausschusses und der örtlichen Vertreter zu dem ihrigen, der in der Beigerung besteht, den Leuten der Firma Hoe die Rückkehr zur Arbeit zu empfehlen. Sie macht weiter die Forderung der Londoner Ausschüsse für der ihrigen nach einer Erhöhung von 1 Pfund die Woche. Im Falle der Ablehnung der Forderung haben die Gewerkschaftsvorstände über das dann zu Tuende eine Urabstimmung vorzunehmen.

Obgleich sich die Entschließung nur auf den Londoner Bezirk bezieht, hat sie, was nach dem oben Dargelegten einleuchtend ist, nationale Tragweite. Tags darauf sind die ausländischen Leute von Hoe mit dem Ergebnis der Konferenz und mit der Androhung der allgemeinen Aussperrung vertraut gemacht und ihnen der ganze Ernst der Lage geschildert worden. Darauf sie einstimmig beschlossen:

Die Versammlung ist der Meinung, wenn sie die Empfehlung, in die Werkstatt zurückzugehen, befolgte, dadurch die Drohung (mit der allgemeinen Aussperrung) nicht beseitigt wäre, sondern sie wiederkäme, wenn die Forderung nach den 20 Schilling Lohnhöhe gemacht wird. Darum sind wir der Meinung, daß die jetzige Stunde geeignet ist, die Forderung zu erheben... Wir stehen zu unserm Beschluß, nicht zur Arbeit zurückzugehen.

Wie man sieht, hat das Ultimatum der Fabrikanten die Kampfmittel der Arbeiter noch mehr gestärkt. Gleich nach der oben erwähnten Konferenz wurde mit dem Ausschuss der Elektriker-Gewerkschaft eine Besprechung gepflogen, um sich über die Fortsetzung von Licht, Wärme und Kraft im Falle der Aussperrung sowie über die allensfallsige Ausdehnung des Kampfes einig zu werden. Es sind mithin beide Seiten zum äußersten entschlossen. Ob es zur Aussperrung kommt, werden die nächsten Tage zeigen müssen.

Der belgische Hüttenarbeiterstreik beendet

Wie wir der Märznummer unseres belgischen Arbeiterblattes, Le Métallurgiste, entnehmen, wurde der nun acht Monate dauernde Ausstand der Hüttenarbeiter durch Vergleich beigelegt. Man wird sich vielleicht noch erinnern, daß der Ausstand begann, weil die Unternehmer zweimal hintereinander einen Lohnabzug von je 5 vH vornehmen wollten. Dem Abzug wurde nach schweren Verhandlungen von Unternehmern wie von Arbeiterseite zugestimmt unter der Bedingung, daß der Abzug nur dann zu Recht bestünde, wenn einwandfrei nachgewiesen werde, daß die Werte dank der schlechten Wirtschaftslage, des ausländischen Wettbewerbs und ähnlichen tatsächlichen Einbußen erlitten. Als dann die gewerkschaftliche Kommission sich in den Büchern der Werke überzeugen wollte, ob die Unternehmer, wie sie heilig beschworen hatten, wirklich mit Verlust arbeiteten, wurde ihr die Einsichtnahme verweigert und sie zum Beweis für die Behauptungen auf Auffäge in Hüttenblättern verwiesen, auf Auffäge, die von den Hüttenherren selbst veranlaßt worden waren.

Damit hatten die Hüttenherren ihr unterdrücktes gegebenes Versprechen gebrochen. Da sie auch ablehnten, die schon abgezogenen 5 vH, wie ausgemacht, zurückzugeben, traten die Arbeiter in einer großen Zahl von Hüttenwerken in den Ausstand. Von den verschiedenen Vermittlungsversuchen, die im Laufe der acht Monate gemacht wurden, ist erst der in der zweiten Februarwoche unternommene geglückt. Die wesentlichsten Vergleichspunkte sind:

1. Sofortige Lohnrückzahlung von 4 vH von dem Gesamtlohn von vor dem 1. April 1925. Einen weiteren Abzug von 1 vH von dem gleichen Lohnsatz vom 21. März ab.
2. Die Abzüge, die am 1. April und am 15. Juni 1925 gemacht wurden, werden den früheren Arbeitern vollständig zurückgezahlt, die die Arbeit gleich wieder aufnehmen. Wer sich gleich zur Wiederaufnahme meldet, aber nicht anfangen kann, dem ist die Rückzahlung ebenfalls verbürgt.
3. Die in Kraft stehenden Familiensubventionen werden dem neuen Personal gemehrt. Die Zuschläge werden von jetzt ab allen Arbeitern ohne jede Ausnahme gegeben.

Diese Bedingungen wurden von den Werkstattvertretern der Arbeiter am 14. Februar mit großer Mehrheit angenommen. In der darauffolgenden Woche ist die Arbeit in den meisten Werken wieder aufgenommen worden. Im Metallurgiete wird hervorgehoben, daß es den Unternehmern nur gelungen sei, einen Abzug von 4 und von 1 vH, anstatt der einst gewollten 10 vH durchzusetzen, und daß dieser Abzug bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen werde durch die Gewährung von Familiensubventionen an alle Leute. Vor allem aber sei das Hauptziel der Hüttenherren, die Herzkörung der Organisation, vollständig mißglückt. Aus diesem hartnäckig geführten und operreichen Kampfe würden die Schwerindustriellen wohl eine auf geraum Zeit hinaus unvergeßliche Lehre gezogen haben.

Langende Derwische an der Börse. In einem Funkenbericht der New Yorker Börse vom 3. März, der als ein schwarzer Freitag bezeichnet wird, lesen wir: „Bei Schluß der heutigen Börse herrschte um die Säulenhalle müßter Tumult, als das Glöckchen erkante und die Käufer bestrebt waren, ihre Schlußabschreibungen für die Umsätze aus kurz vor Schluß stammenden stürmischen Abgaben zu machen. Laufende von Notierungen barren noch der Bewässerung, als die Börse geschlossen wurde. Während des ganzen Tages sprangen die Käufer wie langende Derwische herum und bemühten sich unter wildem Hin- und Herpringen, die erhaltenen Ordres auszuführen, wobei sie sich zumeist gegenseitig die Kleider vom Leibe rissen.“ — Zum Roggen! An der Börse wird von nichtarbeitenden Schichten um die Mehrwerte der Arbeit gekämpft. Dabei sind Schlägerien keine Seltenheit. Wie wäre es, wenn die Arbeiter den Ertrag ihrer Arbeit nicht zum Gegenstand harten Streites anderer Leute werden ließen, sondern ihn unter sich selbst aufteilten?

ziemlich große Röhne hat. Das Schmelzblech wird in sehr hoher Tourenzahl bewegt und bei der Verhütung mit dem Arbeitsstahl erfolgt die Artische Wirkung. Das Eisen kommt augenblicklich zum Stillstand; durch die schnelle Bewegung des Blattes, das durch Wasserfällung läuft, verändert sich das Blatt nicht und reißt aus dem weitgehenden gewordenen Arbeitsstille glühende Späne, die in weitem Bogen durch die Halle fliegen. In wenigen Sekunden ist eine alte Strohhalmstange getrennt.

Bei Mess- und Kontrollgeräten, die bestimmt sind, die größte Genauigkeit zu erzielen, eine Genauigkeit, bei der das Maßgefäß des Menschen nicht mehr ausreicht, wird die Elektrizität erfolgreich angewandt. Hier entwickelt sich allmählich eine besondere Wissenschaft, die Beachtung verdient.

Die sowjetrussische Messe

Die Weltausstellung Sowjetrusslands war das Ziel vieler Reisebesucher. Durch den deutsch-russischen Handelsvertrag des Vorjahres und auch durch die Kreditverhandlungen mit der deutschen Regierung, die eine gewisse Geldgarantie für nach Rußland gelieferte Waren übernahm, ist die Öffentlichkeit wieder mehr auf die Handelsbeziehungen mit Rußland aufmerksam gemacht. Rußland braucht die Handelsbeziehungen mit den übrigen Staaten. Das wissen die russischen Nachbarn und so stellen sie heute Volkswirtschaft und Handelsbeziehungen über die Politik. Das war nicht immer so, noch vor kurzem wurde von ihnen jedes wirtschaftliche Abkommen und die geringste Handelsbeziehung hochtrabendenden politischen Erwägungen unterworfen. Die Handlung, die sehr zu begrüßen ist, war schon rein äußerlich festhaltbar. Im Vorjahr war die russische Messe noch im alten Zäpfiger Rathaus neben der italienischen Messe untergebracht. Dort war es mehr eine kommunistische Partelausstellung. Ein lebensgroßes Bild Lenins thront rotumrahmt über den wenigen Waren, die ausgestellt waren. Die Erzeugnisse der russischen Staatsdruckerei umfassen die kommunistische Literatur.

In diesem Jahr ein vollständig anderes Bild. Draußen auf dem Gelände der technischen Messe zu Füßen des Wälschschloßdenkmals ein neuer großer Bau; Halle 18, die Weltausstellung der U.S.S.R. Werke futuristischer Künstler, die durch ihre Kunst das Umfüßende,

Revolutionäre plastisch darstellen wollen — die Leipziger sagten, das sehe „schlecht“ aus — schmücken den Eingang. In der Ausstellungshallen war jede kommunistische Parteipropaganda unterdrückt. Einfach, dabei geschmackvoll war die Ausstellung geordnet. Die Produkte, die Rußland heute bieten kann, sind in erster Linie Getreide und Pelze. Hier kommt der unermessliche Naturreichtum Sibiriens und der halbasiatischen Provinzen zur Geltung. Kom Hirschen bis zum edelsten Hermelin ist alles zu sehen. Bester Lieferant Rußlands in großen Mengen Haare und Wollen. Dann kommen als ein sehr wichtiger Artikel Hanf und Flach in Frage. Eine große Bedeutung hat auch die russische Industrie an Edelsteinen, unter denen die hochpolierten Hartsteine den ersten Rang einnehmen. An Getreide ist Rußland immer schon sehr reich gewesen, jetzt ist aber die Ausfuhr abgebrochen, da die Vorräte im eigenen Land gebraucht werden. In Rußland handelt man in dieser Sache vernunftgemäß. In Deutschland macht man anders. Da verkauft man das Getreide aus Rußland, um in den Besitz der Ausfuhrerlaubnis zu gelangen, und führt dann ausländisches Getreide verteuert durch Zoll in großen Mengen wieder ein.

Der Reichtum an Naturprodukten auch in Rußland unermesslich sein. Der Fischreichtum der Seen und Flüsse ernährt eine ganze Industrie. Von der billigen russischen Sardine bis zum feinsten Kaviar wird alles geliefert, was den Gaumen verführerisch freizeichnen zu können in der Lage ist. Ein bedeutender Ausfuhrartikel für Rußland ist auch das Gefieder aller Art. Vogelbälge der verschiedensten Art werden geliefert, man braucht sie zum Ausstopfen als Wandbild oder in Schaustellungen. Bettfedern und Daunen von allem möglichen Federvieh sind überreichlich angeboten.

Eine besondere Schau bieten die Kupfer durch die Waren der Volkswirtschaft. Sie bestehen aus Holzschmiedarbeiten und auch aus Metall, Textil- und Schmiedearbeiten. Bei Betrachtung der sehr einfachen Holzarbeiten steht man im Geist den russischen Dauern mit der nur ihm eigenen Andacht und Hingebung mit vollständig ungenügendem Werkzeug an dem Stück herumzinkernd. Er wird sehr wenig dabei verdienen und es handelt sich ja nur um Viehhäuterwaren, die volkswirtschaftlich und auch teilweise künstlerisch keinerlei Wert besitzen. Das gleiche gilt für die Frauenschildarbeiten, die wohl durch ihre

gestaltvollen Farben auffallen, demnach der russischen Warenausgabe gefallen, als Exportartikel keineswegs in Frage kommen.

Die russische Staatsdruckerei zeigte fast nur wissenschaftliche Werke. Die kommunistischen Sachen waren weggeblieben. Besonderen Gehm und saubere Ausführung verrieten die Bücher nicht.

Der Ural bietet mineralische Produkte, die, soweit ihre Ausfuhr lohnend ist, geliefert werden können. Die Transportschwierigkeiten sind aber so groß, daß an eine große Ausbeute für den Weltmarkt noch nicht gedacht werden kann. Zu Maschinen- und Metallergzeugnissen kann Rußland nichts liefern, hat auch nichts auszuführen.

Auf einer Abendveranstaltung der Messe sprach auch der russische Gesandte Krestinski. Er betonte das Bestreben Rußlands, nun endlich zu vernünftigen Handelsbeziehungen zu kommen. Das landwirtschaftliche Rußland habe Warenmangel nach industriellen Produkten. Bisher habe Rußland sehr streng alle eingehenden Verpflichtungen eingehalten, besonders die Zahlungstermine seien auf das peinlichste beachtet worden. Rußland habe eine sehr strenge Warenkontrolle eingeführt, die oft von den Lieferanten sehr unliebsam empfunden würde. Daran müßte aber Rußland festhalten, denn es sei zu arm, um schlechte Ware einzuführen. Zurzeit müsse Rußland ein Entgegenkommen verlangen, und das sei in der Frage des Kredits. Die ungeheuren Warenmengen, die Rußland brauche, könnten nicht aus laufenden Mitteln bezahlt werden. Kredite bis zu fünf Jahren seien unbedingt notwendig.

Da Krestinski sorgfältig jeden Hinweis auf die russische Staatspolitik vermied, nicht einmal die russische Firma ausbrach — statt die Union sozialistischer Republiken Rußlands, sagte er: die Union unserer Republiken — hat er zweifellos einen günstigen Eindruck auf die versammelten Industriemänner gemacht.

Nach wir wollen wünschen, daß die Handelsbeziehungen mit Rußland sehr enge werden zum Nutzen des deutschen und russischen Volkes. Die Haltung der deutschen Regierung wird die Geschäftsverbindungen fördern.

Lohn und Tarif in der Metallindustrie

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie sind für die Arbeiter ungünstiger als bei anderen Industriezweigen. Die Ursache dieser bedauerlichen Tatsache ist die rückständige Auffassung der Unternehmer und die Unkenntnis der Arbeiter.

Im Juni 1925 war es möglich gewesen, den Spitzenlohn auf 5,40 M je Schicht festzusetzen. Da nun ein Mehrarbeitserlaubnisgesetz durch einen verbindlichen Schlichtungsbescheid vom Januar 1926 die Arbeitszeit für Arbeiter unter Tage auf 8 Stunden und für Arbeiter über Tage auf 10 Stunden als regelmäßige Schichtarbeitszeit bestimmte, so erhielt ein Handwerker höchstens 54 M Stundenlohn, soweit er über 21 Jahre alt war.

Daß diese Löhne unzureichend sind, dürfte nicht bezweifelt werden. Deshalb wurde im Oktober 1925 eine angemessene Lohnsteigerung verlangt. Da sie der Arbeitgeberverband der Metallindustrie ablehnte, so hatte am 12. Oktober 1925 ein Schlichtungsausschuß eine Lohnsteigerung von 5% als notwendig anerkannt.

Der wurde vom Reichsarbeitsminister bis von dem Gewerkschaftsvertreter beantragte Verbindlichkeitsklärung dieses Schlichtungsbescheides abgelehnt und damit also selbst diese geringe Lohnsteigerung unmöglich gemacht. Wohl hatte der Reichsarbeitsminister in der schriftlichen Begründung dieser Ablehnung darauf hingewiesen, daß die Entlohnung der reinen Schichtarbeiter eine Aufbesserung erzwungen erscheinen läßt und deshalb erwartet wird, daß die Parteien über diese Frage in erneuten Verhandlungen eine Verständigung herbeiführen werden.

Nach einiger Zeit verlangten die Arbeiter in einigen Metallbetrieben eine Lohnsteigerung. Die betreffenden Betriebsleitungen lehnten eine solche ab. Der Schlichtungsausschuß in Eisenach erklärte sich trotz des Einspruchs der Unternehmervertretung für diese Lohnsteigerung zuständig. Allerdings bestimmte der Schlichtungsbescheid keine Lohnsteigerung, sondern den Parteien wurde aufgegeben, in Lohnverhandlungen einzutreten und binnen 3 Wochen das Ergebnis mitzuteilen. Dieser Schlichtungsbescheid wurde nicht befolgt, da der Reichsarbeitsminister auf Antrag des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie eine Verhandlung veranlaßte. Der vom Minister bestellte Schlichter hatte dann nach erfolgloser Verhandlung zwischen Unternehmer- und Arbeitervertretern am 21. Januar d. J. einen Schlichtungsausschuß gebildet. Der Versuch der Unternehmervertretung ging dahin, daß der Reichsarbeitsminister eine dringliche oder teilweise vorübergehende Lohnsteigerung als unzulässig bezeichnen sollte, da nach § 3 des Manteltarifs der Lohnvertrag ein Bestandteil des Gesamttarifs sei und dieser wieder für den gesamten Bezirk des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie gilt. In dieser Tarifbestimmung war aber der Satz enthalten, „gilt der jeweils vereinbarte Lohnvertrag“. Ein Lohnvertrag war aber durch die erfolgte Kündigung und der abgelehnten Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsbescheides vom Oktober 1925 nicht mehr vorhanden. Demnach konnten die Gewerkschaftsvertreter die Unrichtigkeit dieser Unternehmeransicht nachweisen, und zwar mit dem Erfolg, daß auch der Schlichter sich gegen die Auffassung der Unternehmer wandte.

Es wurde nun ein Schlichtungsausschuß gebildet, der nach langen Verhandlungen mit den Parteien und in zwei Sitzungen einen Schlichtungsbescheid für die Arbeiter zweier Lohngruppen (E 9 und E 10) eine Lohnsteigerung in der Höhe bewilligte, die sie die Höhe ihrer früheren Lohnsätze erhalten. Diese Lohnsteigerung ist aber durch einen Bescheid vom 15. d. J. wieder aufgehoben worden.

Verständlich war nicht, daß aus einer geringen Anzahl Arbeiter zu diesen beiden Lohngruppen zählt, so kann man von einer massenweisen Lohnsteigerung nicht reden. Deshalb war es selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsvertreter diesen Schlichtungsbescheid ablehnten, der Metallarbeiterverband dagegen die Verbindlichkeitsklärung beantragte, die auch später erfolgte.

Die Gewerkschaftsvertreter hatten die frühere Arbeitszeit (7 1/2 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage) mehr einigen anderen tariflichen Bestimmungen beantragt. Die Unternehmer lehnten eine massenweise Verbesserung ab und wollten unter allen Umständen die bisherige Mehrarbeitszeitregelung bestehen lassen. Die direkten Verhandlungen, Verständigungsversuche des Schlichters usw. waren erfolglos. Auch hier erfolgte ein Schlichtungsbescheid, der bestimmte, daß am Gesamtlohn die Arbeitszeit für die Überlagsarbeiter 8 Stunden und für die Unterlagsarbeiter 7 1/2 Stunden beträgt. Außerdem konnten noch einige Bestimmungen, unter anderem auch wegen Ausfüllung von anderen Arbeiter" verbessert und eine andere Regelung der tariflichen Schlichtungsleistungen getroffen werden.

Auch diese geringe Arbeitszeitveränderung wollte der Arbeitgeberverband der Metallindustrie nicht anerkennen. Die von dem Gewerkschaftsvertreter beantragte Verbindlichkeitsklärung dieses Schlichtungsbescheides hatte diesmal Erfolg.

Damit ist eine Bewegung beendet, die viel Arbeit und Mühe verursachte. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter waren immer auf den Lohn gespannt. Der Metallarbeiter geht es schlecht, es ist kein Geld vorhanden, und wenn einige Werke wirklich einen Gewinn ermöglichen, dann muß dieses Geld zur Finanzierung verwendet werden.

Wenn man die Angaben eines Berichtes des Wirtschafts-Ratungsbüros betrachten will (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 8, 1926), daß trotz Stilllegungen und Reduzierungen der Arbeiter eine Produktionssteigerung erzielt und Dividenden von 15% gezahlt wurde, dann kann man die oben erwähnten Lohnsteigerungen nicht ernst nehmen. Etwas im Oktober 1925 war im Reichsarbeitsminister zu lesen, daß die Metallwerke durchschnittlich Gewinne von 35% erzielen, wobei noch die Gewinne aus den Nebenbetrieben nicht einmal angedeutet sind.

Angenehm ist es unverständlich, daß der Gewerkschaftsvertreter Kasperg es fertig bringt, in einem Brief: „Die Löhne sind aus der Not heraus“, der Zeitung Januar 1926 in der Dergewerkschaft veröffentlicht wurde, Maßnahmen zu empfehlen, die eine Beschäftigung der Arbeiter und Schichtarbeiter bedeuten. Demnach ist der Gewerkschaftsvertreter Kasperg der Meinung, daß eine Beschäftigung dringend erforderlich sei und „Schicht- und Mehrarbeitszeiten nicht mehr erfolgen dürfen, die Beförderung der Arbeiter nicht möglich ist, allen Schichten der Arbeiter, auch Tage der Arbeiter der Betriebe, eingestellt werden“. Demnach ist es in dem Brief zu lesen: „Denn über das müßte sich jeder Arbeiter freuen, daß von jedem deutschen Bürger für längere Zeit gewisse Opfer gebracht werden, die auch für den Arbeitgeber von Nutzen sind“. In diesem Brief ist wohl mit „jeden deutschen Bürger“ nur der Arbeiter und der Arbeitgeber gemeint. Jedem ist klar, daß die Metallarbeiter wie auch andere Arbeiter nicht für ein solches „Opfer“ stehen.

Daß die Metallarbeiter nicht in vollem Umfang beschäftigt sind, ist der Gewerkschaftsvertreter Kasperg zu verdanken. Daß in der gegenwärtigen Zeit eine, wenn auch geringe, Reduzierung der Arbeitszeit von durchschnittlich 2 Stunden ergibt, bedeutet einen Erfolg der gegenwärtigen Arbeitszeit. Das war auch die Auffassung der Gewerkschaft der Metallarbeiter, die am 7. März in Wehringen stattfand. Diese Reduzierung war wieder der Meinung, daß mehr zu erreichen gewesen wäre, wenn jeder Arbeiter der Metallindustrie eine Pause erhält, das heißt einer gewissen Gewerkschaft angehört hätte.

Dieser ist leider nicht der Fall. Es ist bekannt, daß die Metallarbeiter der Metallindustrie nicht in vollem Umfang beschäftigt sind, was es jeder Arbeiter bringen, daß sich jeder Metallarbeiter der Metallindustrie zu einem gewissen Opfer bereit ist. In diesem Brief, dem werden gewisse Erfolge für unsere Kollegen sowie für die gesamte Metallindustrie nicht ausbleiben. O. S.

Betriebsräte und Betriebskrankenkassen

Das Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923 bestimmt im § 10, daß „mit Zustimmung des Betriebsrats“ der Unternehmer eine Betriebskrankenkasse errichten kann. Diese Bestimmung trägt dem § 245 der RVO in seiner jetzigen Fassung Rechnung. Durch diese Vorschrift ist den Arbeitern eine maßgebende Mitwirkung bei der Errichtung von Betriebskrankenkassen eingeräumt, vorausgesetzt, daß ein Betriebsrat vorhanden ist. Für die Errichtung ist die Errichtung der Betriebskrankenkassen von erheblichem Belang, da es sich für sie um ein Ausmaß aus ihrer bisherigen Kasse handelt.

Verfügt der Betriebsrat die Zustimmung, dann kann der Unternehmer nicht etwa die Zustimmung der Betriebsversammlung einholen, weil ja die Worte „mit Zustimmung des Betriebsrats“ zwingende Vorschrift sind. Ein wesentlicher Fortschritt gegen früher, wo es nur einer Anhörung der Betriebsversammlung durch den Unternehmer bedurfte.

Wie der Betriebsrat nicht handeln darf, ohne sich vorher genau zu vergewissern, welche Stellung der Arbeiterrat und die Belegschaft zu dieser wichtigen Angelegenheit einnehmen — es handelt sich um das Ausschneiden der Betroffenen aus ihrer bisherigen Kasse (Ortskrankenkasse) —, zeigt folgender Vorgang. Die Betriebskrankenkasse, die Reichsgericht des Verbandes zur Wahrung der Belange der deutschen Betriebskrankenkassen, berichtet in ihrer Nr. 3 d. J. mit Genugtuung folgendes:

Ein Unternehmer, der in seinem Betriebe etwa 800 Leute beschäftigt, wollte eine Betriebskrankenkasse errichten. Er rief den Betriebsrat in der gleichen Form, in der bis dahin zu allen Sitzungen des Betriebsrats eingeladen worden war, nämlich durch mündliche Mitteilung des Vorsitzenden zusammen. Der Betriebsrat beschloß, der Errichtung der Betriebskrankenkasse zuzustimmen; weiter unterzeichneten alle Mitglieder einen in diesem Sinne gehaltenen Antrag an das Versicherungsamt, das den Antrag befürwortend an das Oberversicherungsamt weiterleitete. Bevor das OVA über den Antrag Beschluß fassen konnte, führte der Arbeiterrat über die Zustimmung des Betriebsrats mit der Begründung Beschwerde, daß die Zustimmung des Betriebsrats nicht auf ordnungsmäßigen Wege zustande gekommen sei. Insbesondere sei der § 22 des RVO verletzt, der für die Gültigkeit der Beschlüsse des Betriebsrats das Erfordernis aufstelle, daß alle Mitglieder unter Mitteilung des Beratungsgegenstandes geladen sind und die Zahl der Erschienenen mindestens die Hälfte der Betriebsratsmitglieder erziele. Die Tagesordnung, nämlich die Errichtung einer Betriebskrankenkasse, sei nicht allen Betriebsratsmitgliedern bei der mündlichen Einladung mitgeteilt worden. Daraufhin erhob das Oberversicherungsamt Beweis und stellte fest, daß die Einladung zwar in der bisher üblichen Form ergangen, aber nicht nachgewiesen sei, daß auch die Tagesordnung allen Mitgliedern des Betriebsrats mitgeteilt sei. Auf Grund dieser Feststellung verwarf das OVA die Genehmigung zur Errichtung der Betriebskrankenkasse.

Auf die gegen diese Entscheidung des OVA vom Unternehmer eingeleitete Beschwerde hat das preussische Ministerium für Volkswohl-fahrt unter dem 5. Dezember 1925 folgende Entscheidung getroffen:

Der angefochtene Beschluß des OVA wird aufgehoben und die Genehmigung erteilt, weil im Hinblick darauf, daß der Betriebsrat einstimmig seine Zustimmung gegeben habe, ohne die Art der Zusammenberufung zu bemängeln, ein ordnungsmäßiger Beschluß vorliege, zumal auch in der Stellung des Antrags auf Errichtung einer Betriebskrankenkasse durch alle Mitglieder des Betriebsrats keine Zustimmung in einwandfreier Form zum Ausdruck gekommen sei. Das Ministerium habe schon bei früheren Gelegenheiten wiederholt entschieden, daß die einmal erteilte Zustimmung nicht widerrufen werden könne.

Die „Betriebskrankenkasse“ weist dann noch auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 23. Okt. 1925 hin, worin folgendes ausgeführt wird:

„Wie der Revision zugegeben ist, sind freilich nicht sämtliche Betriebsratsmitglieder der §§ 29 bis 33 des RVO, auch wenn der Geschäftsbesitz mit den Worten „es ist“, „es hat“ oder in ähnlichen Wendungen erteilt ist, demnach zwingende Natur, daß der Betriebsrat nicht auf die Befolgung des einen oder anderen willkürlich verzichten konnte.“

Was jedoch unter allen Umständen zwingende Vorschrift ist, ist der Vorhalt des § 245 Abs. 1 RVO, der die Errichtung einer Betriebskrankenkasse nur „mit Zustimmung des Betriebsrats“ zuläßt. Darunter ist die Betriebsrats gut, vor Errichtung ihrer Zustimmung sich erst mit ihren Gewerkschaftsvertretern zu besprechen. Ein Grund mehr auch für die Betriebe, die bisher die Wahl einer Betriebsvertretung verweigerten, sich nicht allein die Rechte aus dem RVO, sondern auch die Mitwirkung auf Grund des § 245 RVO zu sichern.

Wohle im Lande und nähre dich redlich

Dieses Wort wurde in den Volksschulen des kaiserlichen Deutschlands sehr oft gelehrt. Es wurde auch dann noch den deutschen Arbeitern eingeprägt, als Wilhelm, der Hollandfahrer, der Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen bezeichnete, die den deutschen Staat von den Pantoffeln stülzten. Und heute noch scheinen deutsche Unternehmer, so die Leitung der Hamburger Werft Stülcken-Sohn, der Meinung zu sein, daß man im Lande bleiben und sich nicht nach draußen stellen sollte. Denn was hätte es sonst für einen Sinn, daß bei der letzten Lohnzahlung den Arbeitern ein kleiner nummerierter Zettel in die Tasche gelegt wurde, der in Fettdruck die Aufschrift trug: „Deutsche, reiß nicht nach Italien!“ Oder sollte die Meinung nur der Anzahl weisheitlicher Arbeiterfürsorge sein? Sollte sich die Firma, fürwahr, wie sie bekanntlich ist, sagen: „Wenn einer anderer Arbeiter, zum Beispiel, wie sie bezahlt sind, nach Italien reiste, könnte die Firma in die Lage versetzt werden, ihn auszulösen! Dieser unangenehme Möglichkeit muß durch die Zahlung vorgebeugt werden.“

Die Forderung der genannten Werft scheint auch auf andere Hamburger Unternehmer, beispielsweise auf die der Feinmechanik, abgeprägt zu haben. Diese Herren wollen, wie sie verlangen lassen, ihren Kunden die Möglichkeit zu sechs Tagen Urlaub geben — allerdings nur einen Bruchteil dieser Zeit bezahlen. Sie wollen das doppelte Maß von Urlaub geschulden, damit der Arbeiter bei längerem Fortbleiben nicht wegen — Arbeitsverweigerung entlassen werden kann. Man sieht, auch hier rührende Arbeiterfürsorge.

Die Forderung der Werft Stülcken-Sohn, so überwältigend sie auch ist, hat leider einen kleinen Gegenstand. Bekanntlich jammern zahlreiche deutsche Unternehmer, daß trotz bestmöglicher Vorbereitungen und hundertmaliger im Ausland keine Aufträge herbeigekommen sind. Dessen ungeachtet wird vor dem Auslande gewarnt. Solcher Widerspruch läßt sich wohl durchgehende Lächerlichkeit erklären. Außenpolitische Anzettelung hat vor jeder das heranziehende Material des deutschen Unternehmertums. Es besteht aus dem Ausland, besagt sich aber über dieses, wenn es beim Warenverkehr Deutschland befristet. Die Arbeiterzeitung lehnt die nationalpolitischen Beschlüsse ab. Vor allem vertritt sie die Meinung, daß ihre Lokalen zu außenpolitischen Dummheiten nicht benutzt werden.

Die Wohnhäuser aus Stahl werden nicht gebaut

Die englische Regierung macht bekanntlich eine große Propaganda für die Herstellung von Wohnhäusern aus Stahl und hat sogar für den Bau von Wohnhäusern erhebliche Subsidien in Aussicht gestellt, ungefähr 5000 Pfund, wenn keine Stahlhäuser mit bis zu 200 Pfund pro Kubikfuß gebaut werden sollen. Die Regierung wollte damit auch der Förderung der Wohnungsbau durch ein willkürliches Eisen- und Stahlwerke beizutreten. Vor einem Jahre, als die internationale Regierung den Bau von Stahlhäusern ankündigte, waren es die Dampfergesellschaften, die dagegen Stellung nahmen. Damals standen die Stahlhäuser von Lord Weir im Vordergrund. Da Lord Weir den Bau von Stahlhäusern befristete Arbeiter nicht die üblichen Tariflöhne der Bauarbeiter bezahlen wollte, war die Unzufriedenheit gegen die Errichtung dieser Stahlhäuser und veränderte sich jetzt noch, so wie heute in der Lage ist, den Bau von Stahlhäusern durch Lord Weir, Jackson und andere Typen von Stahlhäusern, wie Dennis, Lippard und Kippel, entgegen, unter welchen der sogenannte

von den Gemeinden bevorzugt wird, und die Weir-Häuser wurden voll kommen in den Hintergrund gedrängt. Da die erwähnten Unternehmer bereit sind, die Tariflöhne zu zahlen, haben die Bauarbeiter ihre Widerstand gegen die Stahlhäuser vollständig aufgegeben. Dennoch mag die Bewegung keine Fortschritte zu machen. Es wurde zwar d. Erlaubnis für den Bau von etwa 1600 Stahlhäusern gegeben, in ganzen Jahre 1925 wurden jedoch nicht mehr als 51 Stahlhäuser fertig gestellt, und so wurden auch die Regierungszuschüsse, die erst nach Fertigstellung des Hauses gewährt werden, nicht in Anspruch genommen. Dieser wurden kaum 3000 Pfund an Subventionen ausbezahlt. Die Bauunternehmer führen gegen die Stahlhäuser eine energische Propaganda; aber auch die Auftraggeber, vor allem die Gemeinden, streben sich gegen die Regierung. Über Wert und Güte der Stahlhäuser gehen die Meinungen stark auseinander. Jedenfalls für die Stahlhäuser noch nicht billig genug, um einen wirklichen Anreiz zur Aufgabe der bisherigen Baumethoden zu bieten.

Subilarfeier in Martinlamitz

Sie fand am 27. März statt. 21 alten Kämpfern wurde ein Ehrenkranz überreicht, dem sich ein kleines Festessen anschloß. Kollege Kämpfer von der Müritzer Bezirksleitung hielt die Festrede. Er würdigte die Verdienste der 21 Jubilare, die vor einem Vierteljahrhundert die Grundlage des Verbandes in Martinlamitz legten. Ferner gedachte er der Jugend, die er zur Nachahmung aufrief. Der erste langjährige Vorsitzende, Kollege Hans Lang, erwähnte noch kurz die schweren Anfänge des Verbandes und dankte im Namen des Jubilare allen, die mit zur Verschönerung der Feier beitrugen. Musik und Gesangsbeiträge wechselten einander ab, auch der Humor kam zu seinem Recht. Die eindrucksvolle Feier wird der Martinlamitzer Kollegen für lange in Erinnerung bleiben.

Peter Stupp †

Schon wieder ist einer der Alten, Peter Stupp, von uns gegangen. Im Jahre 1921 erlitt er einen Schlaganfall, doch erholte er sich soweit wieder, daß er noch mitarbeiten konnte. Aus streng katholischer Familie stammend, ging er nach der Lehre in die Fremde. Vor der Gründung des Verbandes gehörte er der Fachvereinsbewegung an. 1891 trat er in Nürnberg mit zum Verband über und er hat ihm bis zu seinem Tode die Treue bewahrt. Zurückgekehrt aus der Fremde in die Heimat, nach Aachen, stand er, auch als die Verhältnisse auf der linken Rheinseite recht schwierig für unsere Bewegung waren, mit an der Spitze. In Aachen, Weibert, Jagen und Vohum war er als Angestellter tätig. Die zahlreiche Teilnahme an der Einbürgerung in Jagen beweist, wie nahe uns Peter Stupp als Kollege, Freund und Mitkämpfer gestanden hat. Kollege Spiegel hielt als allester Angestellter und für den Hauptvorstand die Gedächtnisrede, worin die Tätigkeit des Verstorbenen gewürdigt wurde. Alle, die unseren Peter Stupp gekannt haben, werden seiner stets gedenken.

Die Bucherzeugung in Deutschland. Das Jahr 1925 hat, wie wir dem Korrespondent für Deutschlands Buchdruckern entnehmen, einen Höchststand von Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt gebracht. Neu erschienen sind 1925 37 722 Werke, 35 078 im Jahre 1913 und 28 140 im Jahre 1924. Und dies trotz der gedrückten Kaufkraft und dem geringeren Bedürfnis für gute Bücher.

Geschriftenschau

„Mensch und Technik.“ Kulturgeschichtlicher Rückblick auf den Weg des Menschen mit einer Auschau in die Zukunft. Von Ing. Johann Grützmayr. Industrie-Verlag, Berlin NW 40. Geb. 3,50 M. — Das Buch beantwortet die Fragen, welchen Einfluß die Technik nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf das Kulturleben der Völker im Laufe der Jahrtausende gehabt hat und welchem Ziele die technische Entwicklung überhaupt aufsteht. Die Frage ist vom Verfasser von allen Seiten, in seinen Beziehungen zur Kulturwissenschaft, zur Philosophie, zur Religion, zum sozialen und politischen Leben, alles in allem zum Menschen angefaßt worden. Das Buch enthält uns den tiefsten Sinn des Bestrebens der arbeitenden Menschen.

Urania. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Ordentliche Veröffentlichungen der „Urania“, freies Bildungsinstitut, Jena. Seit 6 ist erschienen. Im Verfallteil schildert Prof. Dr. Schaper die Lage der Wissenschaft in Sowjetrußland. Rudolf Lämmel behandelt in einem reich mit Bildern geschmückten Aufsatz „Das Ford-System“ unter Betonung seiner sozialen Begleitumstände. Maria Frische würdigt das bedeutungsvolle Buch des Russen Nemilow „Die biologische Tragödie der Frau“. Und noch anderes. Als Buchbeilage erschien: Dr. Erwin Kopf: Der Menschheit täglich Brot. Ausgehend von allhergebrachten Bräuten, behandeln die einzelnen Kapitel die Geschichte des Ackerbaues, der Mühlenindustrie („Vom Säbriem zur Turbine“), der Bäckerei („Vom Feuerloch zur Brotfabrik“) usw. und gibt im letzten Abschnitt einen Zukunftsaussicht vom Standpunkte des sozialistischen Wirtschaftstheoretikers. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. 96 Seiten, brosch. 1,50 M., geb. 2 M.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 21. März ist der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. März 1926 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Bestimmungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Vorgang der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Landeshut	20	15	10	10	14. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wir ersuchen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich vor Annahme einer absonderlichen Arbeit bei der Verwaltungstelle, in deren Wirkungsbereich die Arbeit aufgenommen werden soll, darüber zu vergewissern, ob der Arbeitsannahme Gründe entgegenstehen.

Bei Aufenthaltswechsel ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise am neuen Aufenthaltsort anzumelden.

Keine Ortsverwaltung darf die Anmeldung von Mitgliedern annehmen, die dieser Bestimmung nicht vollumfänglich genügt haben.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungstellen Reisegeld erheben. Das Aufheben der Besoldungsstellen, Kassierer und Vertrauensmänner in den Betrieben oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben. Statuten, Abschnitte 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten!

von Karrierearbeitern aller Branchen nach Stuttgart St. u. A. R. = Lohnbewegung; D. = Differenz; v. St. = Stell in St.; St. = Stell; R. = Regelung; M. = Mitglieder; A. = Auswertung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Dund und Verlag. Verlags-Gesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart. Adressseite 10